

TOP 3.7.2 Soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion, Mitteilung der Kommission

1. Beschreibung der Problematik

Am 2.10.2013 veröffentlichte die EU-Kommission ihre lang erwartete Mitteilung zur Stärkung der sozialen Dimension in der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Diese Initiative ist deshalb beachtlich, weil sie vergangenes Jahr auf Betreiben der EU-Sozial- und BeschäftigungsministerInnen auch vom Europäischen Rat eingefordert worden ist. So soll neben der stärkeren Integration der WWU durch bessere wirtschaftspolitische Koordinierung auch der sozialen Dimension, einschließlich der Rolle der Sozialpartner, entsprechend gewürdigt werden.

Der Grund für die halbjährige Verspätung der Mitteilung wird einerseits den Wahlen in Deutschland zugeschrieben, dürfte aber auch in internen Auseinandersetzungen innerhalb der Kommission liegen. Letztlich hat sich Kommissar Andor nicht durchgesetzt, der dramatischen sozialen Lage in einigen Ländern der Eurozone progressive Ideen entgegen zu setzen.

2. Inhalt der Mitteilung

In ihrem Kern enthält die Mitteilung **Vorschläge zur Verbesserung des Monitorings der sozialen Lage** in der WWU. Entsprechende Indikatoren sollen einerseits im Rahmen der Bewertung der makroökonomischen Ungleichgewichte als zweitrangige Hilfsindikatoren dienen, andererseits soll es ein separates Scoreboard für die Beschäftigungs- und SozialministerInnen geben. Die betreffenden Indikatoren (zB Langzeitarbeitslosenquote, Jugendarbeitslosigkeit) sind jedoch schon jetzt ohne Mühe auffindbar. Die Folgen der verbesserten Überwachung per neuer Indikatoren sind bestenfalls marginal. Noch relativ innovativ sind einige Vorschläge zur etwas besseren **Einbindung der Sozialpartner in den Prozess des Europäischen Semesters**.

Im Übrigen werden alle bisherigen Vorhaben der EU-Kommission bekräftigt. Dazu zählt die Idee, mit Wettbewerbspakten die länderspezifischen Empfehlungen in den Mitgliedstaaten umzusetzen, die Mobilität der (arbeitslosen) ArbeitnehmerInnen in der EU zu verbessern oder das Vorziehen der 3 bzw 6 Milliarden Euro zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit als großen Wurf darzustellen.

3. Position der AK

Die AK hat neben vielen Gewerkschaften sehr kritisch zur Mitteilung Stellung genommen. Anstelle zahnloser Indikatoren fordert die AK insbesondere:

- Änderung der europäischen Wirtschaftspolitik, insb Stärkung der Binnennachfrage und Berücksichtigung von Verteilungsfragen;
- Institutionelle Einbettung des Sozialinvestitionspaktes aus dem heurigen Frühjahr. Darin hat auch die Kommission festgehalten, dass Nicht-Handeln im Sozialbereich zu langfristig höheren Kosten führt.

- Kampf dem Sozial- und Lohndumping als Leitmotiv festigen: Dazu soll das Prinzip des gleichen Entgelts für gleiche Arbeit am gleichen Ort durchgesetzt und die Politik der sozialen Mindeststandards wiederbelebt werden.
- Einführung eines zyklischen Stabilisierungsmechanismus auf Basis der Schwankungen der Arbeitslosenrate;
- Mehr Verbindlichkeit und Verbesserung der vorgeschlagenen Überwachungsindikatoren;
- Erhöhung der Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit;
- Laufende Einbindung der Sozialpartner in die Entscheidungsprozesse zum Europäischen Semester und darüber hinaus.

4. Stand der Verhandlungen

Unbeschadet großer Ankündigungen und dementsprechender Erwartungen wurde das Thema der „sozialen Dimension der WWU“ letztlich schubladiert und ist auch beim Europäischen Rat vom 24./25.10.2013 weitgehend untergegangen. Unsere Kritikpunkte sind unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht annähernd mehrheitsfähig im Rat. Österreich zählt zu den wenigen Ländern, die mit konstruktiven Vorschlägen zumindest Verbesserungen, zB bei den Indikatoren, zu erreichen versuchten. Die Unterstützung war jedoch gering.